

**Nr. 19/686**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Erzieherinnen/Erzieher gesucht - Bedarf an pädagogischen Fachkräften  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 8. März 2017  
(Drucksache [19/976](#))
2. Unterbringung, Teilhabe und Integrationschancen für unbegleitete junge  
Geflüchtete bei Volljährigkeit  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 28. März 2017  
(Drucksache [19/995](#))
3. Personelle Entwicklung bei der Polizei Bremen und Bremerhaven  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 4. April 2017  
(Drucksache [19/998](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 9. Mai 2017  
(Drucksache [19/1064](#))
4. Personalausstattung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. April 2017  
(Drucksache [19/1015](#))
5. Verfolgt Bremen den richtigen Ansatz im Umgang mit Menschen mit De-  
menz?  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. April 2017  
(Drucksache [19/1016](#))

**Nr. 19/687**

**Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Schlechte Noten von den Metallarbeitgebern - Zeit für den Senat,  
endlich zu handeln.“**

## **Nr. 19/688**

### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 8. Mai 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung  
Mitteilung des Senats vom 4. April 2017  
(Drucksache [19/1002](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
2. Anpassung der Entschädigungsleistung  
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 24. April 2017  
(Drucksache [19/1026](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.
3. Berufsanerkennung und -beratung im Land Bremen aktiver, sichtbarer und effektiver gestalten  
Mitteilung des Senats vom 25. April 2017  
(Drucksache [19/1032](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 19/689**

### **Arbeitnehmerüberlassung im öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 2. Februar 2017  
(Drucksache [19/930](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 2. Mai 2017**  
(Neufassung der Drucksache [19/1003](#) vom 4. April 2017)  
(Drucksache [19/1040](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 19/690**

### **Die Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten schaffen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 20. Februar 2017  
(Drucksache [19/947](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/691

### **Mittel für das EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch auch für das Schuljahr 2017/2018 und die Folgejahre ausschöpfen!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 23. März 2017  
(Drucksache [19/994](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. dafür Sorge zu tragen, dass das Land Bremen auch im Schuljahr 2017/2018 und in den Folgejahren am EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch teilnimmt,
2. an den Schulen offensiv dafür zu werben, dass sie sich um eine Teilnahme an diesem Programm bewerben und
3. spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung über den aktuellen Stand der Umsetzung in der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung und der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zu berichten.

## Nr. 19/692

### **Bremen lebt die europäische Idee**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der FDP und der CDU  
vom 9. Mai 2017  
(Drucksache [19/1067](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ausdrücklich und unterstützt das Engagement der Bremerinnen und Bremer für die Idee der europäischen Einigung. Die Arbeit der europapolitischen Verbände und Initiativen ist dabei von hohem Wert für die bremische Tradition der Weltoffenheit und engen Verbundenheit mit unseren Partnern in Europa.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung der europäischen Einigung und wird sich weiterhin auf allen politischen Ebenen für die Sicherung der engen und solidarischen europäischen Zusammenarbeit einsetzen. Hierfür wird die Bürgerschaft (Landtag) die enge Kooperation mit europäischen Partnern und die Arbeit in europäischen Gremien nutzen, um für die europäische Einigung zu werben, sie zu verteidigen und zu fördern.

## Nr. 19/693

### **Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP  
vom 9. Mai 2017  
(Neufassung der Drucksache [19/1012](#) vom 4. April 2017)  
(Drucksache [19/1068](#))

1. Die folgende Verfassungsänderung soll dem Volksentscheid unterbreitet werden:

Stimmen Sie dem nachfolgend abgedruckten Gesetzentwurf der Bürgerschaft (Landtag) „Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft“ zu?

**„Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen  
– Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft**

Der Senat verkündet das nachstehende durch Volksentscheid beschlossene Gesetz:

**Artikel 1**

Die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 (SaBremR 100-a-1), die zuletzt durch Gesetz vom 20. Dezember 2016 (Brem.GBl. S. 904) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 75 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort ‚vier‘ durch das Wort ‚fünf‘ ersetzt.
2. Nach Artikel 154a wird folgender Artikel 154b eingefügt:

**„Artikel 154b**

Artikel 75 Absatz 1 in der ab dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 2 dieses Gesetzes] geltenden Fassung ist erstmals auf die Wahl der 20. Bremischen Bürgerschaft anzuwenden.’

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“

**Begründung:**

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Das Parlament als einziges unmittelbar demokratisch legitimates Verfassungsorgan bedarf der regelmäßig wiederkehrenden Legitimation durch Wahlen, damit die Staatstätigkeit insgesamt dem Volk verantwortlich bleibt. Bremen hat als letztes der 16 deutschen Bundesländer eine 4-jährige Wahlperiode.

Für eine Optimierung der Funktionsfähigkeit der Bremischen Bürgerschaft durch eine Verlängerung der Wahlperiode von derzeit vier Jahren um ein Jahr auf fünf Jahre sprechen gewichtige Argumente. Die Arbeit der Abgeordneten, beispielsweise im Hinblick auf eine geringere Einarbeitungszeit, verbesserte Umsetzungsmöglichkeit komplexerer Gesetzesvorhaben oder weniger bevorstehender Aktivität in Wahlkämpfen, wird hierdurch effektiviert. Politische Initiativen geraten zum Ende einer Legislaturperiode oder in der Schwebe nach einer Wahl oft ins Stocken oder fallen gar der sogenannten Diskontinuität zum Opfer.

Gleichzeitig sind Wahlen Kernstück einer parlamentarischen Demokratie und dürfen nicht als lästige Unterbrechung des eigentlichen politischen Geschäfts betrachtet werden. Wahlen stellen faktisch für viele Menschen eine der wenigen direkten Beteiligungsformen dar. Die Verlängerung von 4- auf 5-Jahresintervalle verringert diese Möglichkeit über die Zeit und ist daher auch unter den in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen umstritten. Um den Berechtigten selbst die Entscheidung zu überlassen, soll diese Änderung der Landesverfassung nur erfolgen, wenn sich die wahlberechtigte Bevölkerung dafür ausgesprochen hat. Dafür soll das Mittel des Volksentscheids herangezogen werden.

Zu Nummer 2:

Die Vorschrift stellt klar, dass die Wahlperiode der gegenwärtigen 19. Bremischen Bürgerschaft von der Änderung nicht betroffen ist. Erst die nächste 20. Bremische Bürgerschaft soll für fünf Jahre gewählt werden.

Zu Artikel 2:

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten.

Zum Volksentscheid:

Mit einem Kreuz bei „Ja“ wird der Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr auf fünf Jahre zugestimmt. Ein Kreuz bei „Nein“ führt zur Ablehnung des Gesetzentwurfs und einer Beibehaltung der Wahlperiode über vier Jahre.

2. Es wird zudem beantragt, diesen Volksentscheid gleichzeitig mit der Wahl zum Deutschen Bundestag im Herbst 2017 stattfinden zu lassen.

#### **Nr. 19/694**

##### **Gesetz über das Leichenwesen**

Mitteilung des Senats vom 25. April 2017

(Drucksache [19/1029](#))

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

##### **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Mai 2017**

(Drucksache [19/1058](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

#### **Nr. 19/695**

##### **Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 15. Februar 2017

(Drucksache [19/946](#))

D a z u

##### **Mitteilung des Senats vom 4. April 2017**

(Drucksache [19/1004](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 19/696**

##### **Nebenbestimmungen und bremische Regelungen bei Projektförderung**

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 15. März 2017

(Drucksache [19/984](#))

D a z u

##### **Mitteilung des Senats vom 2. Mai 2017**

(Drucksache [19/1041](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 19/697**

**Abbiegeassistent bei Lkw kann Leben retten**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 6. April 2017  
(Drucksache [19/1017](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die verpflichtende Einführung und Verwendung von Abbiegeassistenzsystemen für alle neu zugelassenen Lastwagen einzusetzen.